

**ARBEIT UND WIRTSCHAFT:
DIMENSIONEN DES WANDELS IM GETEILTEN EUROPA (1950-1989).
Die wirtschafts- und sozialhistorischen Projekte des ZZf**

Peter Hübner/André Steiner

Die nach dem Zweiten Weltkrieg erfolgte Teilung Europas, die Konfrontation der von den beiden „Supermächten“ USA und UdSSR dominierten Militärblöcke und der rund vier Jahrzehnte währende Kalte Krieg zwischen ihnen suggerieren ein Bild von Starrheit und Dauerhaftigkeit. Und doch zeigten sich im scheinbar so festen Gefüge der Ost-West-Konkurrenz schon frühzeitig Risse. Am ehesten, und nicht zu unrecht, vermutet man eine solche Entwicklung auf politischem Terrain, weniger hingegen in den eher als statisch wahrgenommenen Bereichen der Wirtschaft und des Sozialen. Gleichwohl bahnten sich gerade auf diesen Feldern schon seit den späten fünfziger Jahren gravierende Wandlungen an, die seit den siebziger Jahren die Entwicklung der Wirtschaftsordnung, der Arbeitswelt und des Sozialstaates in Ost- und Westeuropa immer massiver beeinflussen. Unter dem Rahmenthema *Sozialismus als soziale Frage* sind in den vergangenen Jahren im Projektbereich II Vorhaben bearbeitet worden, die diese Thematik vor allem am Beispiel der DDR in den Blick nahmen, wobei immer ein Vergleich mit anderen Ländern des sowjetischen Blocks intendiert war. Für den Zeitraum 2006/2007 sind durch die DFG zwei Gruppierungen von Projekten bewilligt worden, die einerseits dem Abschluß bereits laufender Vorhaben dienen, die andererseits aber zugleich eine Neuausrichtung des sozial- und wirtschaftsgeschichtlichen Themenschwerpunktes zum Ziel haben. Dem entspricht das neue Rahmenthema *Arbeit und Wirtschaft: Dimensionen des Wandels im geteilten Europa (1950-1989)*.

Im Teilprojekt „*Sozialismus als soziale Frage*“ gibt es zwei neue Vorhaben, von denen das eine den Auswirkungen des sozialpolitischen Strategiewechsels und des industriellen Strukturwandels auf das Arbeitsparadigma und das Erwerbsverhalten in einem Vergleich der DDR mit Polen nachgeht, während das andere das Verhältnis von systemischen Prägungen und langfristiger historischer Determination der Entwicklungspfade staatssozialistischer Länder an den Beispielen der DDR, Polens, der Tschechoslowakei und Ungarns beleuchtet. Die laufenden Einzelprojekte zum Verhältnis von Arbeitern und Angestellten in Industriebetrieben der DDR bzw. zu den Netzwerken lokaler Eliten in der DDR vertiefen den bisherigen Forschungsansatz in wichtigen Segmenten.

Die Einzelvorhaben des zweiten Teilprojektes „*Wirtschaftliche Integrationsprozesse und ihre Perzeption in West- und Osteuropa*“ wenden sich dem Zeitraum der fünfziger bis siebziger Jahre zu. Gefragt wird nach den Effekten und der Wahrnehmung der Wirtschaftsintegration in den unterschiedlichen zeitgenössischen Perspektiven sowie nach den daraus resultierenden wirtschaftspolitischen Entscheidungen und den wechselseitigen Verflechtungen. Neu hinzugekommen

sind zwei Einzelprojekte zur Geschichte des Bereiches Kommerzielle Koordinierung („KoKo“) in der DDR bzw. zu den RGW-Integrationsbeschlüssen und ihren Konsequenzen für die Entwicklung der Wirtschaftsstruktur in der DDR und Polen.

Diese Projekte sind auf Themenfeldern angesiedelt, denen sich gegenwärtig auch die wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Forschung intensiver zuwendet. Das betrifft vor allem die Entwicklungsperspektiven der sozialen Sicherungssysteme, der Erwerbsarbeit und der Europäischen Union. Die Frage nach den historischen Voraussetzungen der hier anzutreffenden Problemlagen und nach deren langfristigen Entwicklungspfaden wird in diesem Zusammenhang mit gutem Grund gestellt. Das gilt besonders im Hinblick auf die Transformationsgesellschaften Mittel- und Osteuropas. Der zeithistorischen Forschung fällt hierbei in erster Linie die Part zu, ein möglichst adäquates Bild von den geschichtlichen Prämissen und Kontexten, Entwicklungsmustern und Transformationsvoraussetzungen zu vermitteln. Die folgende Übersicht bietet einen Blick auf die Themenschwerpunkte der Einzelvorhaben.

Teilprojekt „Sozialismus als soziale Frage“

Das neu beantragte Einzelprojekt *Arbeitsparadigma und Erwerbsverhalten in der Spätphase des „realen“ Sozialismus: Die DDR im Vergleich mit der Volksrepublik Polen (1970-1989)* (Bearbeiter: Dr. Peter Hübner) geht an den Beispielen der DDR und Polens der Frage nach, wie sich die unter den Bedingungen der dritten industriellen Revolution aufbrechende industrielle Strukturanpassungskrise und die nach dem wirtschafts- und sozialpolitischen Kurswechsel von 1970 eintretende Überlastung des sozialistischen Sozialstaates auf das gesellschaftlich konstitutive Arbeitsparadigma und das Erwerbsverhalten auswirkten. Dabei stehen, erstens, die Wahrnehmung dieser Entwicklung durch Eliten und Arbeiterschaft sowie ihre Reaktion darauf im Mittelpunkt. Ein zweiter Problemkreis ergibt sich aus der Frage nach den Gründen der zwischen beiden Ländern, aber auch zwischen einzelnen Regionen anzutreffenden Perzeptionsunterschiede und Verhaltensvarianten. Drittens ist den Gründen nachzugehen, die viele der Akteure zur Unterschätzung der beiden Krisenkomponenten veranlaßten.

Ziel des ebenfalls neuen Einzelprojekts *Staatssozialistische Entwicklungspfade. Die DDR, Polen, die Tschechoslowakei und Ungarn im Vergleich* (Bearbeiterin: Dr. Friederike Sattler) ist eine Untersuchung der Entwicklungspfade der DDR, Polens, der Tschechoslowakei und Ungarns im Langzeitverlauf, vom „Aufbau des Sozialismus“ über vielfältige Reformversuche bis in die krisenhaften Endphasen. Staatssozialismen unterliegen durch Parteiherrschaft und zentraladministrative Planwirtschaft einer vergleichsweise einheitlichen systemischen Prägung. Gefragt werden soll, wie diese Systemlogik mit den nationalgesellschaftlichen Besonderheiten und dem Variantenreichtum der Länder-Entwicklungspfade vermittelt war. Geplant ist eine relativ knappe Synthese, die den thematisch stärker fokussierten Projektteilen als Interpretationsraster

dienen kann. Sie soll die Schnittflächen für den Vergleich der staatssozialistischen Variante entwickelter Industriegesellschaften mit dem demokratisch-keynesianisch-wohlfahrtsstaatlichen „westlichen“ Pfad markieren.

Das Einzelprojekt *Netzwerke lokaler Funktionseleiten an den Beispielen von EKO Eisenhüttenstadt und der Maxhütte Unterwellenborn Thüringen im Vergleich mit VOEST Alpine Linz* (Bearbeiterin: Dr. des. Annette Schuhmann) dient der Erforschung von Netzwerken lokaler Eliten (Betriebsleitungen, örtlichen Verwaltungen, Partei- und Gewerkschaftsleitungen) im System der zentralisierten Planwirtschaft. Vertiefend sind insbesondere die kompensatorischen Funktionen lokaler Akteure und Ressourcen im Bereich der Sozial- und Konsumpolitik zu untersuchen. Hier liegt ein Schlüssel zur Beantwortung der Frage, wie die bereits während der fünfziger Jahre zu beobachtenden, vor allem aber in der Krise der siebziger und achtziger Jahre zutage tretenden Steuerungsdefizite, Fehlallokationen und die wirtschaftliche Paralyse der Zentralverwaltungswirtschaften sowjetischen Typs mit Hilfe improvisierenden Gegensteuerns auf der lokalen Ebene teilweise ausgeglichen werden konnten. Im Zusammenhang damit wird zu erörtern sein, ob man es hierbei mit einer Modifikation mikrokorporatistischer Strukturen zu tun hat (siehe die ausführliche Projektvorstellung in diesem Heft).

Gegenstand des Projektes *Angestellte im Industriebetrieb der DDR in den 1970er/80er Jahren und ihr Verhältnis zu den Arbeitern. Eine sozialhistorische Untersuchung über innerbetriebliche Beziehungen* (Bearbeiterin: Dr. Renate Hürtgen) ist die Schicht der Angestellten in den Industriebetrieben der DDR. Im Mittelpunkt steht der Versuch, diese Gruppe im Rahmen industrieller Betriebsbelegschaften sozial und politisch genauer zu lokalisieren sowie ihr Verhältnis zu den Arbeitern auszuloten. Als Untersuchungszeitraum wurden die siebziger und achtziger Jahre gewählt. Damit richtet sich der Blick auf ein bisher von der Forschung kaum beachtetes Segment der späten DDR-Gesellschaft. Im Zentrum der Studie stehen die sozialen, kulturellen und politischen Dimensionen der Angestelltenexistenz. Die Ambivalenz von sozialer Nivellierung und sozialer Spannung gegenüber der Arbeiterschaft wird ebenso thematisiert wie die Frage, weshalb die DDR überhaupt am Angestelltenstatus festhielt. Ein Vergleich der Angestelltenexistenzen in der DDR und in der Bundesrepublik soll es ermöglichen, das Ausmaß des Traditionsbruchs genauer zu bestimmen, den die Angestellten bereits in der frühen DDR erfahren haben.

Teilprojekt „Wirtschaftliche Integrationsprozesse und ihre Perzeption in West- und Osteuropa“

Mit dem Projekt *Wirtschaftliche Effekte des westeuropäischen Integrationsprozesses von den fünfziger bis in die beginnenden siebziger Jahre* (Bearbeiter: Prof. Dr. André Steiner) werden die wirtschaftlichen Effekte der westeuropäischen Integration in ihren frühen Phasen von Anfang der fünfziger bis in die beginnenden siebziger Jahre bestimmt, ihre Rückkopplung mit der Politik der europäischen Institutionen sowie der nationalen Regierungen - hier exemplarisch der

deutschen Bundesregierung - aufgezeigt und die Wirkungskanäle der Integrationsmaßnahmen untersucht. Im Mittelpunkt steht an Hand der Handels- und Wettbewerbspolitik die Frage, welche Integrationsmaßnahmen von den europäischen Institutionen mit welchen Zielen in die Wege geleitet bzw. verhindert wurden und inwieweit dabei wirtschaftliche Effekte antizipiert und das Erreichte gewürdigt wurde. Dabei ist die Einflußnahme der Bundesregierung ebenso wie der Wirtschaftsverbände in den Blick zu nehmen. Zudem sind, um die Wirkungskanäle der Integration näher zu bestimmen, einzelne Unternehmen daraufhin zu untersuchen, inwieweit sie ihre Strategie an Integrationsritten ausrichteten. Damit wird ein Beitrag zur Wirtschaftsgeschichte der westeuropäischen Integration geleistet.

Das Projekt *Reaktionen auf die westeuropäische Wirtschaftsintegration in Ostmitteleuropa: Die Tschechoslowakei und Polen von den fünfziger bis zu den siebziger Jahren* (Bearbeiterin: Dr. des. Dagmara Jajesniak-Quast) untersucht die Wahrnehmung der westeuropäischen Wirtschaftsintegration in Ostmitteleuropa und die daraus resultierenden außenwirtschaftlichen Reaktionen gegenüber den Mitgliedsländern der Europäischen Gemeinschaften. Dabei wird angenommen, daß es ein Spannungsfeld gab zwischen der politisch motivierten Ablehnung der westeuropäischen Integration in den sozialistischen Staaten und dem wirtschaftlich bedingten Bestreben einiger dieser Staaten, zu den EG-Mitgliedsländern Handelskontakte zu unterhalten. Primär sollen die von Polen und der Tschechoslowakei in bezug auf den Westhandel getroffenen wirtschaftspolitischen Entscheidungen, deren Konsequenzen für ihre Handelskontakte zum Westen und die damit in Zusammenhang stehenden Auswirkungen auf ihre Binnenwirtschaft untersucht werden. Es ist zu zeigen, welche wirtschaftlichen Interessen in diesem Bereich verfolgt wurden und welches Gewicht sie im Vergleich zu politischen Aspekten erlangten (siehe die ausführliche Projektvorstellung in diesem Heft).

Gegenstand des Dissertationsprojektes *Der innerdeutsche Handel und die westeuropäische Integration: Die These von der Quasi-Mitgliedschaft der DDR in der EWG* (Bearbeiterin: Sibylle Gausing, M.A.) ist der Warenverkehr zwischen den beiden deutschen Staaten in den Jahren 1953 bis 1973. Ein Sonderprotokoll zu den Römischen Verträgen ermöglichte, daß die Regelung des Handels zwischen den beiden deutschen Teilstaaten auch nach Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft Sache der Bundesregierung war. Damit blieb seine Ausnahmestellung erhalten, die sich u.a. in der valutafreien Verrechnung, einem zinslosen Überziehungskredit, der Zoll- und Abschöpfungsfreiheit sowie Umsatzsteuervergünstigungen niederschlug, obwohl der Warenverkehr mit der deutsch-deutschen Grenze auch die zur Montanunion bzw. EWG überschritt. Für die DDR entstand ein wirtschaftlicher Nutzen, auf den von Kritikern und Neidern mit der Frage nach ihrer „heimlichen Mitgliedschaft in der EWG“ ab Mitte der sechziger Jahre hingewiesen wurde. Mit diesem Projekt soll erstens dieser Nutzen quantifiziert und seine Konsequenzen für den Handel der DDR mit den anderen EWG-Mitgliedsländern bestimmt werden. Zweitens wird der Stellenwert des innerdeutschen Handels für die Bundesregierung, die westdeutsche

Wirtschaft und die DDR-Spitze analysiert. Damit stehen die wirtschaftlichen Aspekte des komplexen Dreierverhältnisses Bundesrepublik - DDR - EWG im Mittelpunkt des Vorhabens.

Mit dem Projekt *Der Bereich Kommerzielle Koordinierung in der DDR und die Ausnutzung der westeuropäischen Integration* (Bearbeiter: Dr. Matthias Judt) wird die Geschichte des außerplanmäßigen Handels der DDR in den siebziger und achtziger Jahren erforscht, der ganz wesentlich von Firmen des „Bereiches Kommerzielle Koordinierung“ (KoKo) abgewickelt wurde. Jenseits der seit Beginn der neunziger Jahre auf die Darstellung des „Sensationellen“ fokussierten Berichterstattung über die KoKo steht fest, daß der Bereich marktwirtschaftliche Instrumente zugunsten der DDR-Planwirtschaft nutzbar machte. Dabei steht die „normale“ Geschäftstätigkeit von KoKo im Mittelpunkt des Projektes. Den größten Teil dieser Geschäfte wickelte KoKo mit Partnern in der Bundesrepublik und in anderen EWG/EG-Ländern ab. Somit wurde der Handlungsspielraum der KoKo-Betriebe außerhalb der DDR im wesentlichen durch den westeuropäischen Integrations- und Erweiterungsprozeß geprägt. In dem Projekt soll dieses „äußere“ Bedingungsgefüge in seiner Wirkung auf die Tätigkeit von KoKo analysiert werden (siehe die ausführliche Projektvorstellung in diesem Heft). Ein weiteres Dissertationsprojekt analysiert *RGW-Integrationsbeschlüsse und ihre Konsequenzen für die Strukturentwicklung in der DDR und Polen* (Bearbeiterin: Lukas Imhof, M.A.). Die DDR und Polen stehen dabei jeweils für eines der höchstentwickelten und eines der weniger entwickelten Länder des RGW. Aus systemimmanenten Gründen blieb die Produktionsspezialisierung das wichtigste Instrument im Integrationsprozeß der RGW-Volkswirtschaften. In einem zugleich vergleichenden und verflechtungsgeschichtlichen Ansatz werden das Zustandekommen, die Umsetzung und die Konsequenzen der Spezialisierungsvereinbarungen am Beispiel der DDR und Polens aufgezeigt. Letztlich können damit Möglichkeiten und Grenzen der Wirtschaftintegration unter den Bedingungen eines planwirtschaftlichen Systems konkreter als bisher bestimmt werden.